



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

# Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 11. März 2007

Alessandro Nai, Anouk Lloren

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
<b>Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»</b>	<b>641'917</b> <b>28.8%</b>	<b>1'590'213</b> <b>71.2%</b>
Stimmbeteiligung	45.95%	

**gfs.bern**  
Forschung für Politik,  
Kommunikation und Gesellschaft  
Hirschengraben 5  
3011 Bern  
Tel. 031 311 08 06  
Fax. 031 311 08 19  
E-mail: info@gfsbern.ch

**Universität Genf**  
Département de Science Politique  
40, Boulevard du Pont-d'Arve  
1211 Genève  
Tel. 022 379 83 60  
Fax. 022 379 83 64  
E-mail: secretariat@politic.unige.ch

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf.

## Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Thanh-Huyen Ballmer-Cao  
Analyse/Auswertung: Alessandro Nai, Anouk Lloren

## gfs.bern, Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp  
Projektleitung: Bianca Rousselot  
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally  
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich  
CATI-Support: Remo Valsangiacomo  
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

## Übersetzung

Dr. Emilio Violi, Nicole Stoll

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2006) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

## Zitierweise

Vorliegende Nummer: Alessandro Nai, Anouk Lloren (2007): Analyse der eidg. Abstimmung vom 11. März 2007, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
1.1. Der Grad der persönlichen Betroffenheit .....	6
1.2. Die politische Kompetenz .....	7
1.3. Die Meinungsbildung.....	8
<b>2. Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» .....</b>	<b>11</b>
2.1. Die Ausgangslage.....	11
2.2. Das Profil der Stimmenden .....	12
2.3. Die Stimmotive .....	16
2.4. Die Akzeptanz der Argumente .....	19
<b>3. Die Stimmbeteiligung .....</b>	<b>21</b>
<b>4. Zur Methode .....</b>	<b>26</b>
<b>5. Hauptresultate der Analyse vom 11. März 2007 .....</b>	<b>27</b>

Table 1.1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

Kantone	Stimmbeteiligung in %	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» % Ja
<b>Schweiz</b>	<b>45.5</b>	<b>28.8</b>
Zürich	44.4	21.8
Bern	39.8	30.1
Luzern	49.7	17.4
Uri	36.3	18.8
Schwyz	46.2	12.8
Obwalden	49.2	12.8
Nidwalden	44.7	11.5
Glarus	38.5	18.2
Zug	54.3	15.8
Freiburg	47.8	37.3
Solothurn	40.3	24.7
Basel-Stadt	45.9	34.6
Basel-Landschaft	39.6	25.6
Schaffhausen	65.5	24.6
Appenzell AR	45.8	18.5
Appenzell IR	42.5	8.3
St. Gallen	41.8	19.7
Graubünden	39.6	17.5
Aargau	39.5	18.4
Thurgau	47.4	17.9
Tessin	49.9	45.8
Waadt	55.7	45.1
Wallis	53.7	27.3
Neuenburg	57.6	51.3
Genf	56.4	45.8
Jura	48.2	57.7

Quelle: <http://www.admin.ch> (vorläufige Ergebnisse).

# 1. Einleitung

Am 11. März 2007 gelangte eine einzige Vorlage zur Abstimmung: die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse».

Die vom «Mouvement Populaire des Familles» lancierte Initiative bezweckte durch die Änderung von Artikel 117 der Bundesverfassung (über die «Kranken- und Unfallversicherung») einen Systemwechsel bei der Krankenversicherung. Bei der obligatorischen Grundversicherung sollte der Wettbewerb unter den gegenwärtig 87 privaten Krankenkassen durch eine einzige landesweite Krankenkasse abgelöst werden. Ausserdem sollten die Prämien in der Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten für jeden Kanton festgelegt werden. Zwei Themen standen dabei im Vordergrund: die Kontrolle und Senkung der Gesundheitskosten sowie deren gerechtere Aufteilung.

Die Verfassungsänderung wurde vom Stimmvolk mit 71.2% der Stimmen und – abgesehen von den Kantonen Neuenburg und Jura – von allen Kantonen abgelehnt. Somit reiht sich die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» in die lange Liste der Volksinitiativen ein, die vom Volk und von den Kantonen verworfen wurden. Von den 124 Volksinitiativen, über die seit 1951 abgestimmt worden ist, kamen nur acht durch (6.45%) – in jüngerer Zeit unter anderem die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter», über die am 8. Februar 2004 abgestimmt wurde, und jene «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft», die am 27. November 2005 vor das Volk kam.

Die Stimmbeteiligung betrug 45.5%, was ungefähr dem Mittel der Jahre 1981 bis 2004<sup>1</sup> (42.4%) entspricht. Die leicht überdurchschnittliche Stimmbeteiligung am 11. März 2007 ist wahrscheinlich auf die intensive Kampagne zurückzuführen, die der Abstimmung vorausging. Besonders die Kantone Zug (54.3%), Waadt (55.7%), Genf (56.4%), Neuenburg (57.6%), Wallis (53.7%) und Schaffhausen (65.5%) verzeichneten eine hohe Stimmbeteiligung, wobei in Schaffhausen weiterhin das Abstimmungsobligatorium gilt. In den Kantonen Uri (36.3%), Glarus (38.5%), Aargau (39.5%), Basel-Landschaft (39.5%), Graubünden (39.6%) und Bern (39.8%) hingegen lag sie unter dem Landesdurchschnitt.

Zwischen der Vorlage «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» und der Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» (Gesundheitsinitiative), die am 18. Mai 2003 vors Volk kam, bestehen sowohl in bezug auf die Grundsatzfragen als auch in bezug auf die Ergebnisse zahlreiche Parallelen. Mit der von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lancierten Gesundheitsinitiative wollte man nach Einkommen, Vermögen und Familienpflichten abgestufte Prämien einführen und so das System der Grundversicherung ändern. Wie am 11. März 2007 lehnte das Volk die Initiative ab – mit

<sup>1</sup> = 218 Vorlagen, über die in rund 70 Volksabstimmungen entschieden wurde.

72.9% der Stimmen, und sämtliche Stände stimmten dagegen. Grosse Übereinstimmungen zwischen den beiden Abstimmungen gab es auch beim Profil der Stimmenden, wie wir im Folgenden noch aufzeigen werden. Nachstehend werden Erklärungsansätze zum besseren Verständnis des Abstimmungsergebnisses vom 11. März 2007 geboten. Die Analysen beruhen auf einer gesamtschweizerisch durchgeführten repräsentativen Befragung, die in den beiden Wochen unmittelbar nach der Abstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1024 stimmberechtigte Personen. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben.

## 1.1. Der Grad der persönlichen Betroffenheit

Die Befragten konnten auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, welche Bedeutung die Vorlage für sie persönlich und die Schweiz hatte (10 = höchster Betroffenheitsgrad).

Wie aus Tabelle 1.2 hervorgeht, entspricht die Bedeutung, die durchschnittlich für das Land angegeben wurde (6.6), dem Mittel der Abstimmungen von 1993 bis 2004<sup>2</sup> (6.7). Der Grad der persönlichen Betroffenheit liegt mit 6.2 hingegen deutlich über dem Durchschnitt (5.2) der Vorlagen, über die von 1993 bis 2004 abgestimmt wurde.

Tabelle 1.2: Bedeutung der Vorlage für das Land und die befragte Person (Durchschnitt)

	1993–2004	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	
Bedeutung	Mittel	Mittel	N
Persönlich	5.2	6.2	978
Für das Land	6.7	6.6	935

Während des Zeitraums von 1993–2004 lag die durchschnittliche Bedeutung, die einer Vorlage für das Land beigemessen wurde, fast immer über jener, die die befragte Person für sich angab (mittlere Abweichung um 0.7, Daten nicht wiedergegeben). Bei der Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» hingegen liegen der Grad der persönlichen Betroffenheit und die durchschnittliche Bedeutung für die Schweiz sehr nah beieinander (Differenz von nur 0.4), was eher die Ausnahme ist<sup>3</sup>.

Die Schweizer BürgerInnen hatten die persönliche Betroffenheit und die Bedeutung für das Land bei der Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» (Gesundheitsinitiative, Abstimmung vom 18. Mai 2003<sup>4</sup>) mit 6.0 und 7.2 bereits sehr ähnlich eingestuft.

<sup>2</sup> Vor 1993 wurde dieses Kriterium nicht untersucht.

<sup>3</sup> Von 1993–2004 gab es nur eine einzige Abstimmungsvorlage, bei der die durchschnittliche persönliche Bedeutung näher bei der mittleren Bedeutung für das Land lag als bei der Initiative über die Einheitskasse: die «Sonntagsinitiative», über die am 18. Mai 2003 abgestimmt worden war. Mit je 4.6 für die persönliche Bedeutung und 4.8 lagen die Einstufungen aber eher tief.

<sup>4</sup> Siehe VOX-Analyse vom 18. Mai 2003 (VOX 81).

Bei den Befragten, die an der Abstimmung vom 11. März 2007 teilgenommen haben (671 Personen in unserer Stichprobe) ist der Betroffenheitsgrad mit 6.6 höher als bei jenen, die nicht zur Urne gingen (5.2), was folgerichtig ist. Für Stimmende hatte ferner die Vorlage durchschnittlich für das Land eine höhere Bedeutung als für Personen, die sich der Stimme enthielten (6.8 gegenüber 6.2).

Die persönliche Betroffenheit ist jeweils ein aussagekräftiger Indikator für die Stimmbeteiligung. Für diese Abstimmung ist der Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit und der Stimmbeteiligung statistisch signifikant und mittelmässig stark ( $V=0.26^{***}$ ). Das gilt in abgeschwächtem Mass auch für die Bedeutung, die der Vorlage für das Land beigemessen wurde ( $V=0.14^{**}$ ). Auf diese Analysen wird später noch im Einzelnen eingegangen (siehe Abschnitt 3).

## 1.2. Die politische Kompetenz

Aus der Untersuchung der politischen Kompetenz geht hervor, dass die StimmbürgerInnen die Vorlage relativ gut kannten.

Zur Messung der politischen Kompetenz werden der Kenntnisstand der Befragten zum Titel und Inhalt der Vorlage und ihr Vermögen, den Stimmentscheid zu begründen, gegenübergestellt<sup>5</sup>. Wer den Titel und Inhalt der Vorlage sowie zwei Gründe für seinen Stimmentscheid nennen konnte, hatte zum Zweck dieser Untersuchung eine grosse politische Kompetenz. Gemessen wurde ausschliesslich die politische Kompetenz im Zusammenhang mit dieser Vorlage – es ging keinesfalls um die Ermittlung der allgemeinen politischen Kompetenz der BürgerInnen.

Tabelle 1.3: Kompetenz (Prozentsatz, nur Stimmende, N=671)

	Durchschnitt 1981–1995	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»
Gross	19	25
Mittel	41	34
Gering	40	41
<b>Total</b>		<b>100%</b>
N		671

Unseren Ergebnissen zufolge (Tabelle 1.3) lag das Kompetenzniveau der StimmbürgerInnen bei der Einheitskasse insgesamt über dem Durchschnitt. Zwar ist der Anteil Personen mit einer geringen Kompetenz mit rund 40% stabil geblieben, doch liegt die Anzahl Personen mit grossen politischen Kompetenzen über dem Durchschnitt der

<sup>5</sup> Nur Personen, die tatsächlich abgestimmt haben, werden zu den Stimmmotiven befragt. Die Kompetenz wird also nur bei den Stimmenden erhoben (hier also 671 Personen von 1024).

Jahre 1981–1995 (Anstieg von 19% auf 25%). Gleichzeitig ist der Anteil der mittelmässig kompetenten Personen geringer (34% gegenüber 41%). Insgesamt haben fast 60% der BürgerInnen zu diesem Abstimmungsgegenstand ein mittleres oder hohes Kompetenzniveau erreicht, was aber dem Mittel des Zeitraums von 1981–1995 entspricht.

Ein Vergleich mit den verfügbaren Daten von 1981–2004 zum Kenntnisstand (also unabhängig vom Vermögen, den Stimmentscheid zu begründen) bestätigt das eher aussergewöhnliche Kompetenzniveau bei der Abstimmung vom 11. März 2007. Durchschnittlich kannten rund 50% der StimmbürgerInnen in der Zeit von 1981–2004 den Titel und den Inhalt der Vorlage – bei der Abstimmung über die Einheitskasse waren es fast 75%! Möglicherweise hängt der deutliche Anstieg auch damit zusammen, dass am 11. März 2007 nur über einen einzigen Gegenstand abgestimmt wurde. Das erleichterte die Sache für die StimmbürgerInnen, und so konnten sie sich in Kenntnis der Sachlage vor dem Hintergrund einer zwar intensiven, aber doch recht chaotischen Kampagne entscheiden.

### 1.3. Die Meinungsbildung

Alle individuellen und kontextbezogenen Faktoren bei der Meinungsbildung zu berücksichtigen, ist schwierig, doch verfügen wir über einige Indikatoren für diesen kognitiven Prozess: die Schwierigkeit, sich eine Meinung zu bilden, der Zeitpunkt des Stimmentscheids und die Verwendung verschiedener Informationsmittel.

Tabelle 1.4: Schwierigkeit, sich eine Meinung zu bilden (in Prozent)

	Mittel 1981–2004	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»
Eher leicht	55	58
Weiss nicht	12	11
Eher schwierig	33	31
<b>Total</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
N		1003

Die Meinungsbildung war bei der Einheitskasse nicht schwieriger als sonst – so unser erster Befund (Tabelle 1.4). Die für die Abstimmung vom 11. März 2007 erhobenen Prozentsätze entsprechen im Grosse und Ganzen dem Jahresmittel von 1981–2004. Daraus lässt sich ableiten, dass die Stimmberechtigten insgesamt mit dem Abstimmungsgegenstand genauso vertraut waren wie sonst im Durchschnitt, wenn sie auf Bundesebene ihre Bürgerpflicht in der direkten Demokratie erfüllen. Bemerkenswert daran ist, dass bei der Abstimmung über die Gesundheitsinitiative von Mai 2003 54% der StimmbürgerInnen angegeben hatten, es eher einfach gefunden zu haben, sich eine Meinung zu bilden (44% fanden es schwierig).



Zwischen der Fähigkeit, sich eine Meinung zum Abstimmungsgegenstand vom 11. März 2007 zu bilden, und dem Kompetenzniveau der Stimmenden besteht ein direkter Zusammenhang. Je kompetenter die befragte Person, desto weniger bezeichnete sie die Meinungsbildung als «eher schwierig». Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist statistisch signifikant und genügend stark ( $\text{Gamma}=24^{***}$ ).

Unsere Analyse hat ferner ergeben, dass die Abstimmungskampagne bei der Meinungsbildung der Stimmenden zweitrangig war (Tabelle 1.5): Der Anteil unter den befragten Personen, die schon zu Beginn der Abstimmungskampagne wussten, wie sie stimmen würden, liegt über dem Durchschnitt des Zeitraums von 1988–1999. Ein entsprechend geringerer Anteil Personen gesteht ein, sich erst gegen Ende der Abstimmungskampagne entschieden zu haben (16% im Verhältnis zu den 20% für den gesamten vorangegangenen Zeitraum). Das ist ein deutlicher Unterschied zur Abstimmung über die Gesundheitsinitiative vom 18. Mai 2003, bei der die Stimmenden sich nahezu einheitlich auf die drei Zeitpunkte der Entscheidungsfindung verteilten.

*Tabelle 1.5: Zeitpunkt der Entscheidung (in Prozent)*

<b>Entscheidzeitpunkt</b>	<b>Mittel 1988–1999</b>	<b>Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»</b>
Beginn der Kampagne	40	44
6 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	40	40
1 Woche bis 1 Tag vor der Abstimmung	20	16
<b>Total</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
N		660

Aus unseren Daten geht ferner hervor, dass der Zeitpunkt der Entscheidungsfindung je nach Schwierigkeiten bei der Meinungsbildung und Kompetenzniveau deutlich variiert.

Die meisten Befragten, die wenig Mühe hatten, sich eine Meinung zu bilden, hatten sich schon vor der Kampagne entschieden. Wer hingegen die Meinungsbildung als «eher schwierig» empfand, entschied sich während oder mehrheitlich sogar gegen Ende der Kampagne. Der Zusammenhang zwischen der Schwierigkeit bei der Meinungsbildung und dem Zeitpunkt der Entscheidung ist statistisch signifikant und sehr stark ( $\text{Gamma}=.47^{***}$ ).

Ausserdem beeinflusst – wenn auch mit geringerer Intensität – das politische Kompetenzniveau der Befragten den Zeitpunkt der Entscheidung erheblich ( $\text{Gamma}=16^{**}$ ). Je kompetenter die betreffende Person, desto geringer die Tendenz, eine Entscheidung in letzter Minute unter dem Einfluss der Kampagne zu treffen.

Die VOX-Daten bieten schliesslich auch einen dritten Indikator zur Analyse des Entscheidungsfindungsprozesses: die Verwendung verschiedener Informationsmittel.

Wie aus den Ergebnissen in Tabelle 1.6 hervorgeht, wich die Verwendung der Informationsmittel zur Volksinitiative über die Einheitskasse nicht grundlegend von der anderer Abstimmungen ab (aggregiert für die Jahre von 1990–2004). Die StimmbürgerInnen haben sich vorwiegend anhand von Presseartikeln, politischen Informationen im Fernsehen oder am Radio oder offiziellen Informationen (Bundesbüchlein) eine Meinung gebildet. Alternative Informationsmittel wie Infostände, Direktmailing oder Internet werden immer noch zu einem geringeren Anteil als die «klassischen» Mittel eingesetzt. Unter den Informationsmitteln werden Zeitungen (Artikel, Leserbriefe, Werbung u. ä.), aber auch sonstiges schriftliches Material (Flugblätter, Broschüren, Plakate usw.) relativ häufiger verwendet.

Bei der häufigen Verwendung der Informationsmittel (8 bis 12) hat sich nicht viel verändert, hingegen hat die mittlere Verwendung zugenommen (4 bis 7) und die geringe Verwendung (0 bis 3) ist insgesamt deutlich zurückgegangen.

Tabelle 1.6: Verwendung verschiedener Informationsmittel (in Prozent)

Informationsmittel	Durchschnitt in Prozent 1990–2004	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»
Zeitungsartikel	76	82
Fernsehen	69	72
Bundesbüchlein	59	59
Radio	54	55
Werbung in den Zeitungen	41	47
Leserbriefe	41	51
Flugblätter, Broschüren usw.	34	41
Plakate	29	34
Direktmailing <sup>a</sup>	16	19
Informationen auf der Arbeit <sup>b</sup>	16	14
Informationsstände	7	7
Internet <sup>c</sup>	5	13
Geringe Verwendung der Mittel (0-3)	37	26
Mittlere Verwendung der Mittel (4-7)	52	62
Häufige Verwendung der Mittel (8-12)	11	12
<b>Total</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
N		668

<sup>a</sup> Daten erst seit der Abstimmung vom 17.05.1992 (VOX 44) verfügbar.

<sup>b</sup> Daten erst seit der Abstimmung vom 06.12.1992 (VOX 47) verfügbar.

<sup>c</sup> Daten erst seit der Abstimmung vom 07.06.1998 (VOX 63) verfügbar.

## 2. Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»

### 2.1. Die Ausgangslage

Die obligatorische Krankenpflegegrundversicherung wird von 87 privaten, vom Bund anerkannten Krankenkassen angeboten, die in Konkurrenz zueinander stehen. Damit besteht für die BürgerInnen eine Auswahl beim Versicherungsangebot der Krankenkassen. Zwar kann jede Krankenkasse die Krankenkassenprämien selbst festlegen, doch gilt für die unter 25-Jährigen und einkommensschwachen Personen das Solidaritätsprinzip: Der Bund und die Kantone stellen Gelder zur Prämienverbilligung zur Verfügung.

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» war vom «Mouvement Populaire des Familles» lanciert worden und hatte zum Ziel, das gegenwärtige System der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu ändern. Durch die Änderung von Artikel 117 der Bundesverfassung über die «Kranken- und Unfallversicherung» sollte eine Einheitskrankenkasse für die Grundversicherung eingeführt werden, deren Prämien sich nach dem Einkommen und Vermögen der Versicherten richten und für jeden Kanton festgelegt worden wären. Mit der am 11. März 2007 zur Abstimmung gelangten Vorlage wurden zwei Anliegen verfolgt: die Senkung der Kosten des Gesundheitssystems und eine gerechtere Verteilung dieser Kosten.

Für die Einheitskasse traten die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die Grünen, die Partei der Arbeit der Schweiz, die Christlichsoziale Partei der Schweiz, die Gewerkschaften (der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband, der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste) und ein Grossteil der Berufsverbände im Gesundheitsbereich (die Schweizerische Gesellschaft für Allgemeinmedizin, der Schweizerische Hebammenverband, der Schweizer Physiotherapie Verband, der Schweizerische Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, der Verband schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, die Schweizerische Gesellschaft der Belegärzte) ein. Zwei Fragen dominierten die Diskussion über die Vorlage: die Kosten des Gesundheitswesens, aber auch die ethische Frage des gleichberechtigten Zugangs zur Grundkrankenpflege. Die Verfechter der Initiative argumentierten, durch die Einsparung der Werbekosten und den Wegfall der Vielzahl der Verwaltungen der 87 in Konkurrenz (nach Meinung gewisser in Scheinkonkurrenz) zueinander stehenden Krankenkassen könnten die Kosten für die obligatorische Krankenpflege kontrolliert, gerechter verteilt und allgemein gesenkt werden. Ferner traten sie im Sinne einer grösseren Transparenz für die Vertretung der Versicherten im Rahmen eines dreiseitigen Führungsgremiums der Einheitskrankenkasse ein (1/3 Leistungserbringer, 1/3 Behörden und 1/3 Versichertenverbände).

Die Schweizer Demokraten, die Christlichdemokratische Volkspartei, die Evangelische Volkspartei, die Liberale Partei, die Freisinnig-Demokratische Partei, die Eidgenös-

sisch-Demokratische Union, die Schweizerische Volkspartei sowie der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Gewerbeverband, Santésuisse, der nationale Spitalverband und andere waren gegen die Vorlage. Der Bundesrat und das Parlament hatten für die Abstimmung vom 11. März 2007 Ablehnung empfohlen. Die Gegner der Einheitskasse traten für den Grundsatz des Wettbewerbs zwischen den Kassen ein, der ihnen zufolge die freie Kassenwahl der Versicherten und die Eindämmung der Gesundheitskosten gewährleiste. Sie kritisierten ferner, die Initiative sei nicht ausgereift genug (betreffend die Übergangsphase, die konkreten Auswirkungen für den Einzelnen und das Gesundheitswesen sowie die Umsetzung der Einheitskasse), sie berge das Risiko einer zu starken Bürokratisierung und führe de facto eine zusätzliche Steuer ein. Sie zogen in Zweifel, dass durch die Initiative die Gesundheitskosten tatsächlich gesenkt würden, und warnten den Mittelstand, er würde bei Annahme der Einheitskasse den Kürzeren ziehen.

Die Volksinitiative wurde mit 71.2% der Stimmen und von fast allen Kantonen abgelehnt. Einzig zwei Westschweizer Kantone – Neuenburg und Jura – nahmen die Vorlage an, welche das heutige System der obligatorischen Krankenkasse ersetzt hätte.

## 2.2. Das Profil der Stimmenden

Analysiert man das Profil der Stimmenden, stellt man fest, dass der Einfluss der soziodemografischen Faktoren relativ gering ist, während die politischen Merkmale beim Stimmentscheid stärker ins Gewicht fielen. Keiner der soziodemografischen Faktoren vermochte die Stimmenden in ein Pro- und Kontra-Lager zu spalten. Dafür spielten die politischen Faktoren eine umso wichtigere Rolle beim Stimmentscheid der Befragten, der nach ideologischen Gesichtspunkten erfolgte.

In Tabelle 2.1 sind die Hauptmerkmale des soziodemografischen Profils der AnhängerInnen der Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse aufgeführt. Das Nein zieht sich durch alle grösseren soziodemografischen Kategorien hindurch.

Erstens fällt auf, dass der Bildungsstand den Stimmentscheid nicht entscheidend beeinflusst hat, obwohl er statistisch signifikant ist. Bei den Personen mit einem höheren Bildungsstand war der Anteil Ja-Stimmen recht einheitlich (und überdurchschnittlich), während einzig das Stimmverhalten der Personen mit einem Lehrabschluss von dem der anderen Bildungskategorien abweicht: bei ihnen war der Ja-Stimmen-Anteil geringer.

In Bezug auf die Landesteile ergaben unsere Daten eine gewisse Spaltung den Sprachgrenzen entlang. Wie schon bei der Abstimmung über die Gesundheitsinitiative im Mai 2003<sup>6</sup> fiel die Unterstützung für die Initiative in der Romandie grösser aus als in der Deutschen Schweiz, was sich schon während der Abstimmungskampagne abzeichnete. Die Daten zum Tessin lassen leider keine stichhaltigen Schlüsse zu. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land spielte auch bei dieser Abstimmung zumindest teilweise: Bei den StädterInnen war der Nein-Stimmen-Anteil geringer als in der ländlichen Bevölkerung.

Tabelle 2.1: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» – Verhalten nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Assoziationskoeffizient
Total VOX (gewichtet) <sup>a</sup>	28.2	179	
<i>Schulbildung / Ausbildung</i>			$V=12^*$
Volksschule	(13)	(7)	
Lehre	26	60	
Matur, Lehramt	(33)	(18)	
Berufsschule	32	35	
Universität, Fachhochschule	32	59	
<i>Landesteil</i>			$V=21^{***}$
Deutsche Schweiz	22	101	
Westschweiz	42	69	
Italienischsprachige Schweiz	(48)	(10)	
<i>Wohnort</i>			$V=12^{**}$
Grosse Stadt	43	34	
Mittelgrosse / kleine Stadt	27	74	
Land	25	72	
<i>Einkommen des Haushalts (CHF/Monat)</i>			$V=14^*$
Bis 3000	(28)	(13)	
3-5000	29	40	
5-7000	35	50	
7-9000	32	32	
Mehr als 9000	(18)	(24)	
<i>Gesellschaftlicher Status<sup>b</sup></i>			$V=16^*$
Selbständig Erwerbstätige	(31)	(18)	
Oberes Kader	(15)	(8)	
Mittleres Kader	35	82	
Gelernte ArbeiterInnen	24	31	
Ungelernte ArbeiterInnen	(20)	(12)	
<i>Zivilstand</i>			$V=14^*$
Ledig	38	45	
Verheiratet	25	96	
Lebenspartnerschaft	(24)	(7)	
Verwitwet	(18)	(9)	
Geschieden	(37)	(19)	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Alter</i>			n.s.

\*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ , n.s.: nicht signifikant.  
<sup>a</sup> Gewichtung von gfs.bern.  
<sup>b</sup> Die Kategorien «Landwirt», «freie Berufe / AkademikerInnen» und «Unterrichtende» wurden wegen der zu kleinen Zahl nicht berücksichtigt ( $\leq 5$ ).

Gemäss unserer Datenlage kann von einem Röstigraben nicht die Rede sein, denn die Vorlage wurde in allen Landesteilen verworfen. Da die Initiative in keiner geografischen Kategorie angenommen wurde, ist auch der Stadt-Land-Gegensatz deutlich weniger erheblich. Wohl lassen diese beiden Kriterien aggregiert ein unterschiedliches Stimmverhalten erkennen, doch führte dies nicht zu Spaltungen im Stimmvolk.

Die Erhebung hat ferner ergeben, dass der Nein-Stimmenanteil im Mittelstand geringer war als bei den unteren oder gehobeneren Bevölkerungsschichten. Dies wird besonders deutlich, wenn man das monatliche Haushaltseinkommen betrachtet: Am häufigsten wurde die Initiative von Personen mit einem mittleren Monatseinkommen (5000–7000 CHF) angenommen. Entsprechend wurde sie von mittleren Führungskräften am wenigsten häufig abgelehnt, während der Nein-Stimmenanteil beim oberen Kader und der Arbeiterschaft höher war.

Anhand des Zivilstands kann das Profil der AnhängerInnen weiter verfeinert werden: Unseren Daten zufolge haben Ledige weniger häufiger Nein gestimmt als Verheiratete. Ausserdem hatten das Geschlecht und das Alter der Befragten keinen Einfluss auf den Stimmentscheid.

Aufschlussreicher ist hingegen die Analyse des Profils der BefürworterInnen der Initiative anhand der politischen Merkmale. Wie aus Tabelle 2.2 hervorgeht, hatten gewisse politische Faktoren und Wertvorstellungen der StimmbürgerInnen einen erheblichen Einfluss auf die Akzeptanz der Vorlage.

Unseren Ergebnissen zufolge spielte die ideologische Selbstpositionierung der BürgerInnen eine sehr grosse Rolle beim Stimmentscheid. Analysiert man die Parteinähe der Befragten, ist eine sehr starke ideologische Spaltung zu erkennen: StimmbürgerInnen, die der Linken (vor allem der SPS) nahestehen, haben die Initiative angenommen, während sie von den Stimmenden, die sich einer Zentrums- oder Rechtspartei verbunden fühlen, eindeutig verworfen wurde. Befragte, die sich keiner Partei verbunden fühlen, stimmten mehr oder weniger wie der Durchschnitt. Zwischen der Identifikation mit einer Partei und dem Stimmentscheid besteht ein sehr starker und signifikanter statistischer Zusammenhang. Dies trifft auch auf die Selbstpositionierung der Stimmenden auf der Links-Rechts-Achse zu – wie schon bei der Abstimmung über die SP-Gesundheitsinitiative, die im Mai 2003 vor das Volk kam.

Beim Stimmentscheid spielten die Wertvorstellungen der Stimmenden eine wichtige Rolle. Wie aus unserer Analyse hervorgeht, wurde die Vorlage von StimmbürgerInnen, die allgemein das Staatsmonopol gegenüber dem Wettbewerb zwischen privaten Anbietern befürworteten, knapp angenommen, während sie von jenen, die den freien Wettbewerb für vorteilhaft halten, haushoch verworfen wurde. Stimmberechtigte, die der Ansicht sind, dass die Kantone gegenüber dem Bund mehr Macht erhalten sollten, haben die Initiative deutlicher verworfen als jene, die dem Bund mehr Macht verleihen möchten. Dieser Gegensatz zeichnet sich in abgeschwächter Form auch beim Spannungsfeld zwischen moderner und traditioneller Weltanschauung ab: konservative, traditionsverbundene BürgerInnen stimmten häufiger Nein als Personen mit moderneren Wertvorstellungen.

Tabelle 2.2: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» – Verhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Assoziationskoeffizient
Total VOX (gewichtet) <sup>a</sup>	28.2	179	
<i>Parteiverbundenheit</i> <sup>b c</sup>			$V=52^{***}$
Sozialdemokratische Partei	64	72	29
Grüne	(54)	(20)	
Christlichdemokratische Volkspartei	(14)	(10)	
Freisinnig-Demokratische Partei / Liberale Partei	(9)	(8)	
Schweizerische Volkspartei	(15)	(11)	
Keine Partei	24	42	
<i>Einstufung auf der Links-Rechts-Achse</i> <sup>b</sup>			$V=46^{***}$
Links aussen	77	40	
Links	51	60	
Mitte	19	48	
Rechts	(10)	(12)	
Rechts aussen	(14)	(7)	
Keine Einstufung	(24)	(9)	
<i>Wertvorstellungen: Staat gegenüber Wettbewerb</i>			$V=24^{***}$
Mehr Staat	52	43	
Gemischt	32	57	
Mehr Wettbewerb	20	68	
<i>Wertvorstellungen: Mehr Macht dem Bund im Verhältnis zu den Kantonen</i>			$V=13^{**}$
Dem Bund	37	58	
Gemischt	27	62	
Den Kantonen	22	43	
<i>Wertvorstellungen: Modern gegenüber traditionell</i>			$V=13^{**}$
Modern	35	93	
Gemischt	22	55	
Traditionen	(26)	(27)	
<i>Regierungsvertrauen</i>			<i>n.s.</i>
<i>Interesse für die Politik</i>			<i>n.s.</i>
<i>Mitglied einer politischen Partei</i>			<i>n.s.</i>
<sup>*</sup> $p < 0.05$ , <sup>**</sup> $p < .01$ , <sup>***</sup> $p < .001$ , n.s.: nicht signifikant. <sup>a</sup> Gewichtung von gfs.bern. <sup>b</sup> Die Kategorien «keine Partei» und «keine Einstufung» werden zur Schätzung des Assoziationskoeffizienten nicht berücksichtigt. <sup>c</sup> Die Kategorie «Rechtsausen-Parteien» wurde der zu kleinen Zahl wegen nicht berücksichtigt ( $\leq 5$ ).			

Das Regierungsvertrauen, das Interesse für Politik und die Parteimitgliedschaft haben sich überhaupt nicht auf den Stimmenscheid ausgewirkt.

Zusammenfassend lässt die Analyse des Profils der BefürworterInnen der Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» den geringen Einfluss der soziodemografischen Faktoren auf den Stimmentscheid erkennen (Tabelle 2.1): Einzig einige Tendenzen im Zusammenhang mit dem Wohnort und dem Landesteil oder mit der Einkommenssituation der Haushalte konnten nachgewiesen werden, ohne jedoch grössere Spaltungen zutage zu fördern. Die Initiative wurde ausnahmslos von allen soziodemografischen Kategorien wenn auch in unterschiedlichem Ausmass verworfen.

Ein anderes Bild ergibt sich hingegen bei der Untersuchung der politischen Faktoren (Tabelle 2.2). Diesbezüglich konnten ein sehr starker Einfluss der ideologischen Einstufung der StimmbürgerInnen auf ihren Stimmentscheid sowie die zentrale Rolle ihrer Wertvorstellungen insbesondere in bezug auf die Gegensatzpaare Staat-Wettbewerb, Bund-Kantone und modern-traditionell nachgewiesen werden.

Gemäss Zusatzanalysen fiel die Ablehnung bei Stimmberechtigten mit mittleren bis grossen politischen Kompetenzen geringer aus als bei jenen mit geringen oder gar keinen politischen Kompetenzen. Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen<sup>7</sup> ist statistisch signifikant, jedoch nicht besonders stark (Ergebnisse nicht aufgeführt).

### 2.3. Die Stimm motive

In Tabelle 2.3 und 2.4 sind die Gründe aufgeführt, welche von den befragten Personen spontan für ihren Stimmentscheid genannt wurden. Für jeden genannten Grund wurden zwei Indikatoren ermittelt: der Prozentsatz Personen, welche von *allen Gründen* diesen nannten<sup>8</sup>, sowie der Prozentsatz Personen, welche diesen Grund als ersten nannten.

Wie wichtig die Kosten des Gesundheitssystems sind, geht unmissverständlich aus den von den BefürworterInnen angeführten Gründen (Tabelle 2.3) hervor: mehr als die Hälfte aller genannten Gründe betreffen die zu hohen Prämien, Einsparungen bei den Verwaltungskosten oder das Sparpotenzial einer zentralen Verwaltung durch eine Einheitskasse. Dass finanzielle Überlegungen für den Stimmentscheid der Befragten so erheblich waren, ist sicher auf die Kampagnenargumente des Pro- und des Kontra-Lagers zurückzuführen. Der Zahlenkrieg, den sich Befürworter und Gegner lieferten, hat die StimmbürgerInnen offenbar geprägt.

Bei den BefürworterInnen wurde zudem deutlich, dass die ethischen Aspekte der Initiative einen hohen Stellenwert besaßen: Sie führten häufig als Begründung die Notwendigkeit an, einkommensabhängige Prämien und ein gerechteres System einzuführen. Ethische Überlegungen sind sogar führend, wenn man nur die zuerst genannten Gründe betrachtet (26% aller zuerst genannten Gründe).

<sup>7</sup> Zum Zweck dieser Analyse wurde die Variable der politischen Kompetenz, die nach vier (oben erklärten) Modalitäten gemessen wird, in eine einzige Variable mit dem Gegensatzpaar «kaum oder gar nicht kompetent» und «mittelmässig bis sehr kompetent» umkodiert.

<sup>8</sup> Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.



Ein grosser Teil der befragten BefürworterInnen wiesen auch auf die Probleme des jetzigen Systems hin und machten geltend, dass es zu viele Kassen gebe und der Wettbewerb schädlich sei. Viele Befragte gestanden auch ein, Ja gestimmt zu haben, um eine Diskussion darüber zu ermöglichen und die bestehenden Probleme zu thematisieren. Dabei haben nur 177 Personen (von 671 Befragten, d. h. rund 26%) mindestens einen Grund für ihre Ja-Stimme genannt.

Tabelle 2.3: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»  
Gründe für das Ja (Prozentsatz)

Gründe für die Ja-Stimmen (spontan geäussert)	Alle Gründe	Nur zuerst genannter Grund
<b>Argumente zu den Kosten (des Gesundheitswesens)<sup>b</sup></b>	<b>54</b>	<b>20</b>
Kosten zu hoch, 1 Kasse käme billiger	14	6
Die Prämien sind zu teuer	16	6
Verwaltungskosten sparen u. a.	10	1
<b>Das neue System ist sozialer</b>	<b>47</b>	<b>26</b>
Das neue System ist gerechter	13	8
Einkommensabhängige Prämien	11	5
Gleiche Kosten für gleiche Leistung u. a.	10	5
<b>Allgemeine Gründe</b>	<b>41</b>	<b>25</b>
Diskussion ermöglichen, Problem thematisieren u. a.	16	8
<b>Probleme des jetzigen Systems – Auswahl</b>	<b>36</b>	<b>22</b>
Es gibt zu viele Kassen u. a.	12	8
<b>Andere Gründe</b>	<b>18</b>	<b>8</b>
<b>Total</b>	<b>195%<sup>a</sup></b>	<b>100% (N=177)</b>

<sup>a</sup> Total > als 100%, weil es als Summe der genannten Antworten berechnet wurde (Mehrfachnennungen möglich).  
<sup>b</sup> Bei den Unterkategorien der Argumente bezeichnen die Werte (in Klammern) den Prozentsatz, der aufgrund sämtlicher genannter Gründe berechnet worden ist.

Untersucht man die Gründe, welche die GegnerInnen der Initiative nennen (Tabelle 2.4), ergibt sich ebenfalls ein recht klares Bild. Diese sind entschieden gegen die Beschneidung des freien Marktes, die mit der Einheitskasse einhergehen würde. Ein recht grosser Teil stimmte gegen die Vorlage, weil die Befürchtung bestand, dass der Wettbewerb abgeschafft würde: fast ein Drittel der zuerst genannten Gründe entfiel auf diese Kategorie. Offenbar tat das von der Gegnerschaft während der Kampagne vorgebrachte Argument der «Nostalgiker» der alten Monopole seine Wirkung.

Ein beträchtlicher Teil der Befragten bemängelte, die Vorlage sei nicht klar genug: Der Inhalt sei unklar und es fehle an Informationen<sup>9</sup> (der harte Zahlenkrieg, der die Kampagne belastete, leistete dem Vorschub), ausserdem sind sie mit dem jetzigen System einigermassen zufrieden. Wie unsere Analyse ergab, nannten fast 50% der Befragten, die ihren Stimmentscheid während der Abstimmungskampagne trafen, diesen Grund zuerst. Angst vor einem Staatsmonopol wurde hingegen eher von jenen Befragten genannt, die schon zu Kampagnenbeginn wussten, wie sie stimmen würden. Der Zusammenhang zwischen dem Entscheidzeitpunkt und der Art der Begründung ist statistisch signifikant, aber nur mittelmässig stark (Ergebnisse nicht wiedergegeben), was auf eine gewisse Bedeutung der Abstimmungskampagne bei der Meinungsbildung hindeutet.

Ein Teil der Befragten war gegen die Initiative aus wirtschaftlichen Gründen, die letztlich denen der Befürworter nicht unähnlich waren. Auch für die Nein-Stimmenden waren Argumente im Zusammenhang mit dem Prämienproblem zentral für den Stimmentscheid.

*Tabelle 2.4: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»  
Gründe für das Nein (Prozentsatz der Stimmenden)*

<b>Gründe für die Nein-Stimmen (spontan geäussert)</b>	<b>Alle Gründe</b>	<b>Nur zuerst genannter Grund</b>
<i>Kein freier Markt mehr</i>	<b>64</b>	<b>32</b>
Ende des Wettbewerbs <sup>b</sup> u.a.	25	12
<i>Allgemeine Gründe</i>	<b>62</b>	<b>40</b>
Allgemein negativ eingestellt zur Vorlage	17	12
Zufrieden mit dem jetzigen System	12	7
Initiative inhaltlich unklar, ungenügende Informationen u. a.	25	12
<i>Argumente zu den Kosten (des Gesundheitswesens)</i>	<b>51</b>	<b>24</b>
Angst vor Prämienhöhung u. a.	13	5
<i>Andere Gründe</i>	<b>10</b>	<b>4</b>
<b>Total</b>	<b>187%<sup>a</sup></b>	<b>100% (N=445)</b>

<sup>a</sup> Total > als 100%, weil es aus der Summe der genannten Antworten berechnet wurde (Mehrfachnennungen möglich).  
<sup>b</sup> Bei den Unterkategorien der Argumente bezeichnen die Werte (in Klammern) den Prozentsatz, der aufgrund sämtlicher genannter Gründe berechnet worden ist.

Somit geben die von den Befragten spontan genannten Gründe für ihren Stimmentscheid die Hauptkampagnenargumente wieder. Dazu zählen auf Befürworterseite insbesondere die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und ethische Überlegungen sowie auf Gegenseite die Ablehnung eines zu grossen staatlichen Monopols.

<sup>9</sup> Ein sehr ähnliches Bild ergab sich bereits bei der Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» (Gesundheitsinitiative), über die am 18. Mai 2003 abgestimmt wurde, die ebenfalls einkommensabhängige Prämien einführen wollte. Die Diskussion vor der Abstimmung war auch von einer gewissen Unklarheit zur weiteren Prämienentwicklung geprägt, was sich dann in den Stimmotiven der Gegnerschaft niederschlug. Näheres dazu in der VOX-Analyse vom 18. Mai 2003 (VOX 81).

## 2.4. Die Akzeptanz der Argumente

Ausserdem wurden den Personen bei der Befragung eine Liste mit Kampagnenargumenten vorgelegt, zu denen sie Stellung nehmen mussten (dafür oder dagegen). Untersucht man die Reaktionen auf diese Argumente, kann man erstens ihre Wirkung (den Erfolg) anhand des Prozentsatzes der Personen, die sie befürworten, beurteilen, und zweitens erhält man einen sehr aufschlussreichen Indikator für die Übereinstimmung zwischen den Argumenten und dem endgültigen Stimmentscheid zur Einheitskasse.

Bei der Befragung wurden den Personen insgesamt acht allgemeine Argumente vorgelegt: vier für und vier gegen die Initiative.

Offenbar verfielen die Gegenargumente bei den Stimmenden besser (Tabelle 2.5 und 2.6). Die Argumente, welche die Vorlage unter Beschuss nehmen, wurden insgesamt von einem sehr grossen Anteil der Befragten (67–85%) unterstützt, während auf die befürwortenden Argumente eine viel geringere Unterstützung entfiel (26–66%).

*Tabelle 2.5: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»  
Akzeptanz der Pro-Argumente in Prozent der Stimmenden*

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	KA	Total
Die Werbekosten würden entfallen.	<b>Total</b>	<b>66</b>	<b>24</b>	10	100%
	Gestimmt: Ja	84	13	3	
	Gestimmt: Nein	59	29	12	
Die Einheitskrankenkasse wäre gerechter.	<b>Total</b>	<b>48</b>	<b>45</b>	7	100%
	Gestimmt: Ja	89	8	3	
	Gestimmt: Nein	31	62	7	
Mehr Menschen würden von einer Prämienverbilligung profitieren.	<b>Total</b>	<b>34</b>	<b>46</b>	20	100%
	Gestimmt: Ja	73	14	14	
	Gestimmt: Nein	19	60	21	
Die Einheitskasse hat sich in anderen Ländern bewährt. Deshalb sollte sie die Schweiz übernehmen.	<b>Total</b>	<b>26</b>	<b>61</b>	13	100%
	Gestimmt: Ja	71	16	13	
	Gestimmt: Nein	8	80	12	

Die Analyse der Akzeptanz der Pro-Argumente (Tabelle 2.5) ergibt, dass sie bei den befürwortenden StimmbürgerInnen sehr gut aufgenommen worden sind. Besonders die Argumente, wonach bei einer Einheitskasse die Werbekosten entfallen würden und das neue System gerechter wäre, fanden Anklang bei der Anhängerschaft der Vorlage. Dabei kam das erste Argument auch bei den GegnerInnen der Initiative erstaunlich gut an (59% schlossen sich ihm an). Gespalten scheint das Stimmvolk hingegen bezüglich des Arguments, die Prämien würden bei einer Annahme der Einheitskasse sinken: Die BefürworterInnen stimmten ihm eindeutig zu, während die GegnerInnen es eher ablehnten.

Letztlich entspricht das aber im Grossen und Ganzen der Tendenz, die sich bei der Untersuchung der spontan geäusserten Gründe ergab (siehe Abschnitt 2.3).

Dass sich die Einheitskasse in anderen Ländern bewährt haben soll, ist ein Argument, das zwar bei einem erheblichen Teil der Ja-Stimmenden Anklang findet, doch ist der Anteil der Nein-Stimmenden, die dieses Argument ablehnen, viel grösser. Bei den Argumenten gegen die Einheitskrankenkasse sind die Gegensätze viel weniger krass. Wie aus Tabelle 2.6 hervorgeht, schlossen sich die Nein-Stimmenden vorbehaltlos den Argumenten gegen die Initiative an. Darüber hinaus fanden sie auch bei einem grossen Teil der BefürworterInnen Zustimmung.

*Tabelle 2.6: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»  
Akzeptanz der Kontra-Argumente in Prozent der Stimmenden*

Kontra-Argumente	Einverstanden		Nicht Einverstanden		KA	Total
	Total					
Mit dem neuen System hätte man keine Wahlfreiheit mehr.	<b>Total</b>	<b>76</b>	<b>19</b>	5	100%	
	Gestimmt: Ja	67	28	5		
	Gestimmt: Nein	80	15	5		
Der Wettbewerb würde fehlen.	<b>Total</b>	<b>67</b>	<b>27</b>	6	100%	
	Gestimmt: Ja	49	45	6		
	Gestimmt: Nein	75	19	6		
Mangel an Informationen: Man wüsste nicht, wer am meisten bezahlen muss.	<b>Total</b>	<b>85</b>	<b>11</b>	4	100%	
	Gestimmt: Ja	74	19	7		
	Gestimmt: Nein	90	7	3		
Das Grundproblem wäre nicht gelöst.	<b>Total</b>	<b>77</b>	<b>16</b>	7	100%	
	Gestimmt: Ja	47	40	13		
	Gestimmt: Nein	89	6	5		

Bei zwei der Argumente («Mit dem neuen System hätten die Versicherten keine Wahlfreiheit mehr» und «Man wüsste nicht, wer am meisten bezahlt») ist das Ergebnis fast paradox, denn auf beide entfallen fast zwei Drittel der Stimmen bei den *AnhängerInnen* der Initiative (67% und 74%). Das kann zwar auf eine gewisse Inkonsequenz im Verhältnis zum Stimmscheid dieses Teils der Stimmbevölkerung hindeuten, doch unserer Auffassung nach ist es ein weiteres Zeichen dafür, dass die Abstimmungskampagne keine klaren und ideologisch konsequenten Argumente hervorbrachte.

Bei den beiden anderen Argumenten ist die Lage weniger kritisch, auch wenn auf beide fast 50% Unterstützung von Seiten der BefürworterInnen entfielen.

Abschliessend konnte also bei den Pro-Argumenten (denen die BefürworterInnen zustimmten und die von den GegnerInnen vehement bekämpft wurden) eine übereinstimmende Akzeptanz nachgewiesen werden, während sich bei den Argumenten gegen

die Einführung einer Einheitskasse ein viel weniger klares Bild ergab: Wohl werden sie von den GegnerInnen der Initiative unterstützt, doch stimmen ihnen zum Teil sogar in grossem Ausmass BürgerInnen zu, welche die Initiative annahmen.

### 3. Die Stimmbeteiligung

Die Stimmbeteiligung vom 11. März 2007 betrug 45.5%, was mehr oder weniger dem Mittel für den Zeitraum von 1981–2004 (42.4%) entspricht.

Tabelle 3.1: Stimmbeteiligung am 11. März 2007 im Verhältnis zu den soziodemografischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	Differenz zum Mittelwert	(n)	Assoziationskoeffizient
Total VOX (gewichtet) <sup>a</sup>	46		1024	
<i>Alter</i>				$V=0.31^{***}$
18 bis 29 Jahre	24	-22	40	
30 bis 39 Jahre	33	-13	83	
40 bis 49 Jahre	55	+9	91	
50 bis 59 Jahre	56	+10	82	
60 bis 69 Jahre	64	+18	96	
70 Jahre und darüber	62	+16	81	
<i>Schulbildung / Ausbildung</i>				$V=0.19^{***}$
Volksschule	37	-9	37	
Lehre	39	-7	168	
Matur, Lehramt	46	0	40	
Berufsschule	52	+6	80	
Universität, Fachhochschule	62	+16	145	
<i>Landesteil</i>				$V=0.1^{**}$
Deutsche Schweiz	43	-3	308	
Westschweiz	55	+9	134	
Italienischsprachige Schweiz	50	+4	31	
<i>Gesellschaftlicher Status<sup>b</sup></i>				$V=0.19^{***}$
Landwirt	(68)	(+22)	(15)	
Freie Berufe / AkademikerInnen	(67)	(+21)	(12)	
Selbständig Erwerbstätige	45	-1	47	
Oberes Kader	66	+20	45	

\*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ , n.s.: nicht signifikant.

<sup>a</sup> Gewichtung von gfs.bern

<sup>b</sup> Die Kategorie «Unterrichtende» wurde der zu kleinen Zahl wegen nicht berücksichtigt ( $\leq 5$ ).

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	Differenz zum Mittelwert	(n)	Assoziations- koeffizient
Mittleres Kader	52	+6	176	
Gelernte ArbeiterInnen	39	-7	87	
Ungelernte ArbeiterInnen	36	-10	35	
<i>Zivilstand</i>				$V=0.16^{***}$
Ledig	35	-11	95	
Verheiratet	54	+8	274	
Lebenspartnerschaft	(40)	(-6)	(19)	
Verwitwet	46	0	35	
Geschieden	48	+2	42	
<i>Geschlecht</i>				<i>n.s.</i>
<i>Wohnort</i>				<i>n.s.</i>
<i>Einkommen des Haushalts (CHF/Monat)</i>				<i>n.s.</i>

Wie unsere Daten ergeben, schwankte die Stimmbeteiligung stark im Verhältnis zu den wichtigsten soziodemografischen Faktoren (Tabelle 3.1): Die ältesten StimmbürgerInnen gingen unabhängig von den Kategorien viel häufiger an die Urne als die jüngsten. Die Beteiligung war auch deutlich höher bei den Personen mit dem besten Bildungsstand als bei den Stimmberechtigten mit dem tiefsten Bildungsstand. Ferner war die Stimmbeteiligung in der Westschweiz und im Tessin höher als in der Deutschen Schweiz, wobei aber der Zusammenhang zwischen der Stimmbeteiligung und dem Landesteil der befragten Person nur mittelmässig ausgeprägt war.

Die Stimmbeteiligung fiel auch je nach sozialem Status des Haushalts unterschiedlich aus. Beim oberen und mittleren Kader war die Stimmbeteiligung unserer Analyse zufolge gut und lag über dem Schweizer Durchschnitt im Gegensatz zu den gelernten und ungelernten ArbeiterInnen.

Unsere Daten ergeben auch eine gewisse Spaltung zwischen Ledigen und Verheirateten: ledige Personen gingen weit weniger häufig an die Urne als der Landesdurchschnitt, während die Stimmbeteiligung bei den verheirateten Personen 54% betrug. Weiter ist festzustellen, dass das Geschlecht, der Wohnort sowie das monatliche Einkommen der Haushalte keinen statistisch erheblichen Einfluss auf die Stimmbeteiligung der Befragten hatten. Die Einstufung der Schweizer StimmbürgerInnen nach den wichtigsten politischen Merkmalen hingegen wirkte sich stark auf die Beteiligung am 11. März 2007 aus (Tabelle 3.2).

Je grösser das Interesse, desto eher gingen die Befragten zur Urne; und wer normalerweise an eidgenössischen Abstimmungen teilnimmt, beteiligte sich auch dieses Mal, was nur folgerichtig ist. Doch beide Faktoren – das Interesse für die Politik und die Gewohnheit, an Abstimmungen teilzunehmen – hatten einen sehr grossen Einfluss (bei einem  $V$  von Cramer von 0.44 und 0.6) und war mit 0.1% statistisch signifikant.

Auch die ideologische Einstufung der Befragten wirkte sich stark auf die Stimmbeteiligung aus. Wir stellten fest, dass Personen, die einer Linkspartei (insbesondere der SPS) oder einer Mitterechts-Partei (FDP und Liberale Partei) nahestehen, häufiger abstimmen gingen. Bei den Befragten, die sich links oder rechts einstufen, war die Stimmbeteiligung (mit je 52% und 58%) höher als bei jenen, die sich der politischen Mitte zurechnen (44%).

Eine echte Spaltung zeichnet sich hingegen ab zwischen Personen, die sich einer Ideologie verpflichtet fühlen, und solchen, die keiner Partei nahestehen. Bei den Befragten, die einer Partei nahestehen, betrug die Stimmbeteiligung je nach Partei 52–65%, während Personen, die nach eigenen Angaben keine Verbindung zu einer politischen Partei haben, am 11. März 2007 deutlich weniger zur Urne gingen (34%). Ähnlich sieht es aus, wenn man die Selbstpositionierung der Befragten auf der Links-Rechts-Achse berücksichtigt: Von den Personen, die sich nicht einstufen, nahmen nur 27% an der Abstimmung teil.

Tabelle 3.2: Stimmbeteiligung am 11. März 2007 im Verhältnis zu den politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	Differenz zum Mittelwert	(n)	Assoziations- koeffizient
Total VOX (gewichtet) <sup>a</sup>	46		1024	
<i>Interesse für die Politik</i>				$V=0.44^{***}$
Sehr interessiert	75	+29	138	
Ziemlich interessiert	58	+12	250	
Eher nicht interessiert	28	-18	66	
Überhaupt nicht interessiert	(12)	(-34)	(17)	
<i>Teilnahme an Volksabstimmungen</i> <sup>b</sup>				$V=0.6^{***}$
Sehr selten bis nie	(1)	(-45)	(1)	
Selten	(8)	(-38)	(9)	
Oft	30	-16	83	
Sehr oft oder sogar immer	76	+30	373	
<i>Parteiverbundenheit</i>				$V=0.23^{***}$
Sozialdemokratische Partei	59	+13	89	
Grüne	(65)	(+19)	(28)	
Christlichdemokratische Volkspartei	53	+7	49	
Freisinnig-Demokratische Partei/ Liberale Partei	57	+11	66	
Schweizerische Volkspartei	52	+6	51	
Rechtsaussern-Partei	(67)	(+21)	(6)	
Keine Partei	34	-12	133	
<i>Einstufung auf der Links-Rechts-Achse</i>				$V=0.19^{***}$
Links aussen	54	+8	41	
Links	58	+12	90	
Mitte	44	-2	190	
Rechts	54	+8	80	
Rechts aussen	52	+6	34	
Keine Einstufung	27	-19	31	
<i>Bedeutung der Vorlage für mich</i> <sup>c</sup>				$V=0.26^{***}$
Sehr gering	(19)	(-27)	(20)	
Gering	40	-6	50	
Gross	49	+3	198	
Sehr gross	63	+17	200	
<i>Bedeutung der Vorlage für das Land</i> <sup>c</sup>				$V=0.14^{**}$
Sehr gering	(38)	(-8)	(18)	
Gering	39	-7	39	
Gross	47	+1	180	
Sehr gross	57	+11	212	

\*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ , n.s.: nicht signifikant.

<sup>a</sup> Gewichtung von gfs.bern

<sup>b</sup> Variable umkodiert mit einer Skala von 0 bis 10 zur Messung der Stimmbeteiligung.

<sup>c</sup> Variable umkodiert mit einer Skala von 0 bis 10 zur Messung der Bedeutung der Vorlage (persönlich, für das Land).



Die der Vorlage beigemessene Bedeutung für die jeweilige Person und für das Land war für die Beteiligung am 11. März 2007 ein wesentlicher Faktor.

Bei Personen, welche die Initiative für eine soziale Einheitskasse für sich sehr wichtig hielten, betrug die Stimmbeteiligung 63% und übertraf damit den Landesdurchschnitt um 17%. Ganz ähnlich sieht es in bezug auf die Bedeutung der Vorlage für das Land aus: Wer diese hoch einstufte, ging deutlich häufiger an die Urne als jene, die der Vorlage nur eine geringe oder sehr geringe Bedeutung für das Land beimassen. Dies wirkte sich aber etwas weniger stark auf die Beteiligung aus als die persönliche Bedeutung. Bei der Mobilisierung des Stimmvolkes gehen persönliche Kriterien den kollektiven vor.

Tabelle 3.3: Stimmbeteiligung am 11. März 2007 im Verhältnis zu den kognitiven Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	Differenz zum Mittelwert	(n)	Assoziationskoeffizient
Total VOX (gewichtet) <sup>a</sup>	46		1024	$V=0.39^{***}$
<i>Kenntnis der Vorlage</i>				
Keine Kenntnisse	(3)	(-33)	(3)	
Mittlere Kenntnisse	26	-20	57	
Gute Kenntnis	59	+13	413	
<i>Schwierigkeiten bei der Meinungsbildung</i>				$V=0.37^{***}$
Eher leicht	62	+16	317	
Weiss nicht	(9)	(-37)	(14)	
Eher schwierig	45	-1	141	

\*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ , n.s.: nicht signifikant.  
<sup>a</sup> Gewichtung von gfs.bern

Abschliessend konnte das Profil der Stimmenden anhand von wesentlichen kognitiven Merkmalen weiter verfeinert werden. Dazu zählen insbesondere der Kenntnisstand zur politischen Vorlage und die Schwierigkeit bei der Meinungsbildung (Tabelle 3.3). Beide Faktoren betreffend die kognitiven Fähigkeiten der Befragten waren grundlegend für die Stimmbeteiligung: Beide Zusammenhänge waren mit 0.1% signifikant und eher stark. Die Stimmbeteiligung war vor allem bei Personen mit einer guten Kenntnis sowohl des Titels als auch des Inhalts der Vorlage<sup>10</sup> am höchsten. Wie unschwer zu erwarten war, lag die Stimmbeteiligung bei den Befragten am höchsten, die die Meinungsbildung als «eher leicht» bezeichneten: Fast 2/3 dieser Kategorie gingen am 11. März 2007 an die Urne.

<sup>10</sup> Die bisher zur Messung der politischen Kompetenz eingesetzte Variable war interessanter und komplexer, doch konnte sie hier nicht mehr verwendet werden. Aus praktischen Gründen wird sie nur für Personen berechnet, die tatsächlich abgestimmt haben.

## 4. Zur Methode

Die Ergebnisse von VOX 93 beruhen auf der Analyse der Volksabstimmung vom 11. März 2007. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und die Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten.

Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1024 stimmberechtigte Personen und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren: nach Landesteil, Haushalten (anhand des elektronischen Telefonbuchs der Swisscom) und der in diesen Haushalten lebenden Personen (nach Alter). 70% der Personen der Stichprobe kommen aus der Deutschen Schweiz, 24% aus der Westschweiz und 6% aus der italienischsprachigen Schweiz.

Mit einer Stichprobenziehung im Zufallsverfahren und einer prozentualen Werteverteilung von 50%-50% ergibt sich bei unserer Stichprobe mit 1024 Personen eine Fehlermarge von +/-3% mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge, die normalerweise bei 3% bis 5% liegt, gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind. Die Bestimmung der Plausibilitätsschwelle bei den vorliegenden Analysen mit zwei Variablen beruht auf dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei bedeutet \* eine Plausibilität von unter 0,05, \*\* von unter 0,01 und \*\*\* von unter 0,001. Beträgt die Plausibilität mehr als 5%, bedeutet der Vermerk n.s., dass der Koeffizient nicht signifikant ist und der Zusammenhang wird nicht berücksichtigt. Die Korrelationen zwischen den verschiedenen Variablen werden anhand des Koeffizienten V nach Cramer<sup>11</sup>, des Standardassoziationskoeffizienten, interpretiert: 1 steht für eine völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Variablen; 0 steht, wenn gar keine Übereinstimmung zwischen den Variablen besteht, Zwischenwerte sind im Verhältnis zu diesen beiden Extremen zu interpretieren.

Im Rahmen unserer Studie setzten wir bei den Analysen des Stimmverhaltens der Befragten (soziodemografisches und politisches Profil, Gründe für den Stimmentscheid und Haltung zu den wichtigsten Kampagnenargumenten) und bei der Analyse der Stimmbeteiligung (soziodemografische, politische und kognitive Faktoren) Gewichtungsfaktoren ein. Diese Gewichtungsfaktoren werden von gfs.bern bereitgestellt und kommen in den VOX-Analysen seit der Abstimmung vom 21. Mai 2000 (VOX 70) zum Einsatz.

<sup>11</sup> Gewisse Analysen wurden vor allem wegen der besonderen Beschaffenheit der betroffenen Variablen anhand von Gamma interpretiert; die Interpretation dieses alternativen Assoziationskoeffizienten weicht jedoch nicht grundlegend von jener ab, die hier für das V von Cramer erläutert wird.

## 5. Hauptresultate der Analyse vom 11. März 2007

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» wurde in der Volksabstimmung vom 11. März 2007 mit 71.2% der Stimmen und von allen Kantonen ausser den Kantonen Jura und Neuenburg abgelehnt.

Sie war vom «Mouvement Populaire des Familles» lanciert worden und hatte zum Ziel, das gegenwärtige System der obligatorischen Krankenpflegeversicherung mit 87 privaten Krankenkassen zu ersetzen, die in Konkurrenz zueinander stehen. Durch die Änderung von Artikel 117 der Bundesverfassung über die «Kranken- und Unfallversicherung» sollte eine Einheitskrankenkasse für die Grundversicherung mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien eingeführt werden. Dabei standen zwei Anliegen im Vordergrund: die Senkung der Kosten des Gesundheitssystems und eine gerechtere Aufteilung der Kosten. Für die Initiative traten insbesondere die Linke und die Gewerkschaften ein, während sie unter anderem von Bundesrat, Parlament, bürgerlichen Parteien und Arbeitgeberverbänden bekämpft wurde.

Die Stimmbeteiligung zur Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» betrug am 11. März 2007 45.5%. In den Westschweizer Kantonen war die Stimmbeteiligung im Allgemeinen höher als in der Deutschen Schweiz. Eine Ausnahme dazu bildet der Kanton Schaffhausen, wo die Stimmbeteiligung wohl wegen des Abstimmungsobligatoriums höher war.

### **Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»**

Die soziodemografischen Faktoren wirkten sich kaum auf den Stimmentscheid aus: Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» wurde nämlich durchwegs von allen soziodemografischen Kategorien abgelehnt. Der Ja-Stimmenanteil war jedoch bei den Romands, den Unverheirateten, in der städtischen Bevölkerung und im Mittelstand höher.

Die Identifikation mit einer Partei und die Selbstpositionierung der Stimmenden auf der Links-Rechts-Achse hatten hingegen einen Einfluss. Stimmende, die sich einer Linkspartei oder allgemein der Linken verbunden fühlen, haben die Vorlage angenommen, während jene, die sich einer Rechtspartei oder allgemein dem rechten Lager verbunden fühlen, sie abgelehnt haben. Beim Stimmentscheid spielten die Gegensatzpaare Staat-Wettbewerb, Staat-Kantone und modern-traditionell eine Rolle: Sie spalteten die Stimmbevölkerung stark.

Sowohl Ja- als auch Nein-Stimmende nannten zur Begründung ihres Entscheids die Kosten für das Gesundheitswesen. VerfechterInnen der Einheitskasse führten ausser-

dem Argumente betreffend die soziale Gerechtigkeit sowie die Unzufriedenheit mit dem jetzigen System an, während die GegnerInnen vor allem den Grundsatz des freien Wettbewerbs sowie mangelnde Klarheit der Initiative geltend machten. Die Haltung zu Kampagnenargumenten war zum Teil paradox. Wohl schlossen sich die BefürworterInnen den Pro-Argumenten an, doch pflichteten sowohl Ja- als auch Nein-Stimmende den beiden Kontra-Argumenten zu, mit dem neuen System ginge die Wahlfreiheit verloren und man wisse nicht, wer am meisten bezahlt.

## **Die Stimmbeteiligung**

45.5% der Stimmberechtigten beteiligten sich am 11. März 2007 an der Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse». Aus unserer Analyse ging hervor, dass die Stimmbeteiligung mit soziodemografischen Faktoren zusammenhängt: ältere Menschen, Verheiratete, besser ausgebildete Personen, Führungskräfte, Romands und TessinerInnen gingen häufiger an die Urne als andere.

Doch auch die Einstellung zur Politik und die Einschätzung der konkreten Abstimmungsvorlage wirkten sich auf die Stimmbeteiligung aus. Befragte, die sich für Politik interessieren und sich von der Vorlage persönlich betroffen fühlten oder sie erheblich für das Land hielten, gingen am 11. März 2007 häufiger an die Urne. Auch die ideologische Einstufung und Identifikation mit einer Partei waren positiv mit der Stimmbeteiligung korreliert.

## **Zur Methode**

Die Analyse der Abstimmung vom 11. März 2007 beruht auf einer Befragung der VOX-Partner. Die Daten stammen aus einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und die Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten.

Die Stichprobe umfasst 1024 stimmberechtigte Personen und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Mit einer Stichprobenziehung im Zufallsverfahren und einer prozentualen Werteverteilung von 50%-50% ergibt sich eine Fehlermarge von +/-3% mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge, die normalerweise bei 3% bis 5% liegt, gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind.

**P.P.**

**3001 Berne**